

Antrag Nr. 11-F-03-0038

Bündnis 90/Die Grünen

Betreff:

Zeichen setzen gegen Rassismus und Antisemitismus
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.06.2011 -

Antragstext:

Am 28. Mai 2011 fand in der Nähe des Hauptbahnhofs eine „Mahnwache“ von 26 Personen, die größtenteils der JN angehören, zum Thema Jugendkriminalität statt. Die Verwaltung der Landeshauptstadt Wiesbaden hatte lediglich eine Verlagerung der Kundgebung ausgehandelt aber nichts unternommen, um den Auftritt dieser rassistischen und antisemitischen Gruppierung zu unterbinden, obwohl die STVV am 25.3.2010 beschlossen hatte „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“.

Ein Verbotantrag als rechtliche Maßnahme ist ein wichtiges politisches Signal nicht nur gegenüber der Zivilgesellschaft in Wiesbaden, sondern auch gegenüber den Neonazis, weil es ihnen verdeutlicht, dass sie in Wiesbaden nicht willkommen sind.

Die Stadtverordnetenversammlung möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

den Beschluss der STVV vom 25.3. 2010 „alle rechtlichen und organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, um den (damals angekündigten) JN - Aufmarsch zu unterbinden“ bei jeder angekündigten Aktion von rassistischen und /oder antisemitischen Gruppierungen strikt umzusetzen und nicht nur dann, wenn ein Verbotantrag bei Anfechtung durch die Neonazis vor höheren Instanzen in jedem Fall Bestand haben wird.

Wiesbaden, 09.06.2011

Christiane Hinninger
Fraktionsvorsitzende

Carola Pahl
Fraktionsgeschäftsführerin